

"Rechtsruck in Europa - warum gewinnen Rechtspopulisten so stark an Einfluss?"

Von Lisa Wolfram

Regensburg. Am 23. Juni 2016 führte das von englischen Rechtspopulisten unterstützte Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU zu einem politischen Erdbeben unerwarteter Stärke: Die UKIP-Bewegung um Nigel Farage stellt auf beeindruckende Weise dar, wie mit antieuropäischer Stimmungsmache und ideal platzierten Falschaussagen die ökonomische, soziale und politische Zukunft eines (noch?) geeinten Königreiches aufs Spiel gesetzt werden kann.

Als Junges Europa e. V. die am 28. Juni stattgefundene Podiumsdiskussion im voll besetzten H24 organisierte, war ein Ausscheiden des Landes aus der Staatengemeinschaft nicht zu erwarten. Doch passt dieses Rädchen englischer Politik nur allzu gut in das Uhrwerk rechtspopulistischer Parteien und Meinungsmacher, welches seit der Debatte um einen "Grexit" immer lauter am Schlagen ist. "Egal ob Front National, AFD oder UKIP -Populisten bieten einfache Lösungen für komplexe Problematiken - und letztere wurzeln alle in Europa selbst", konsterniert einer der Beiräte des Vereins Dr. Jürgen Jerger in seinem Grußwort zur Podiumsdiskussion mit dem Titel "Rechtsruck in Europa - warum gewinnen Rechtspopulisten so stark an Einfluss?".

Das Podium wird mit den Ausführungen von Dr. Timo Lochocki, Parteienforscher des German Marshall Fund of the United States, eröffnet. Die Populismus-Forschung besteht, so der Wissenschaftler, seit über 30 Jahren. Nach der Radix des Problems wird seither gesucht, doch dienen ökonomische Krisenzeiten und Phasen der verstärkten Migration nicht als Erklärungsparameter für den Erfolg populistischer Strömungen. Die empfundenen Faktoren, "dass, was Leute glauben, bzw. Ihnen vermittelt wird, stehen im Kern populistischen Erfolgs".

Zusammen mit Dr. Lochocki stimmt der französische Generalkonsul Jean-Claude Brunet darüber ein, dass es hauptsächlich unrealistische, simple Lösungen sind, welche die Attraktivität von Populisten ausmacht. "Sie füllen ein Vakuum, über bestimmte Lagen im Land, derer die etablierten Parteien nicht mehr Herr sind", so der Diplomat. Darüber hinaus schneidet der Front National (FN) besonders gut in Wahlen ab, wenn die Partizipation sehr gering ist. In den letzten Europawahlen sind nicht genügend junge Leute wählen gegangen und boten den frustrierten Gesellschaftsschichten so ein Ventil für ihren Unmut.

Moderator und Redakteur des Bayerischen Rundfunks Kilian Neuwerth erkundigt sich daraufhin nach dem Wesen rechtspopulistischer Parteien. Hans-Jürgen Zahorka, Chefredakteur des European Union Foreign Affairs Journal, nimmt Rekurs auf das Exempel des FN und berichtete von einem Phänomen französischer Innenpolitik: "Es ist die historisch gefestigte 'Solidarité Republique', welche immer noch ein Wahlmotiv darstellt, und 2002 auch zum Wahlsieg von Jaques Chirac führte. Der Präsident vereinte damals nationalstaatlich gesinnte Sozialisten und Kommunisten in seiner Klientel, während FN-Gründer Jean-Marie Le Pen als Extremist galt. Auf das Gros der französischen Wähler ist noch Verlass, doch verbucht der Front National besonders in schwachen Legislaturperioden und in Europäischen Krisenzeiten Erfolge." Die Partei bedient sich laut Zahorka geschickt protektionistischer Motive und setzt sich seit dem Gipfel in Valny mit der französischen Nation gleich.

Ein Lichtblick in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Bewegungen ist das bisherige Scheitern der Einzelkämpfer, eine geeinte anti-europäische Koalition zu formen. Nach Zahorka haben Marine Le Pen, Hans-Christian Strache (FPÖ) und Vertreter der AFD eine Vereinigung bei einer Konferenz in Wien angestrebt. Interfraktionelle Streitigkeiten der kleinen, populistischen Gruppen im

Europäischen Parlament verhindern jedoch eine funktionelle Kooperation. "In Wien hat sich die FPÖ ganz schön an Deutschland rangeschmissen. Le Pen verachtet dagegen eine deutsch-österreichische Achse. Somit funktionieren viele Konstellationen im rechtspopulistischen Spektrum einfach nicht. Die Stimmungstreiber in Europa eint nur ihre Ablehnung der EU, Ihnen fehlt das einstimmige ‚für‘ jeglichen Themen gegenüber."

Für Merlijn Schoonenboom, Journalist des De Groene Amsterdammer, war die nihilistische Hetze und polarisierende Debattenkultur Geert Wilders dafür ausschlaggebend, dass sein Land nach fünf Jahren populistischen Erstarkens zu verlassen. "Deutschland war so antipopulistisch und besonnen. Das hat mir bei meinem Umzug 2007 nach Berlin gefallen", meint Schoonenboom. Wie damals bestimmt Geert Wilders heutzutage alle Debatten in den Niederlanden, was auch auf seine Solidarisierung mit der feministischen Bewegung und vermeintlich liberale Unterstützung homosexueller Rechte zurückzuführen ist. Genau in dem Aufgreifen unkonventioneller und unterrepräsentierter Thematiken sieht Schoonenboom eine Lücke in der Politik, welche von Populisten geschlossen wird. "Es fehlt auch einfach an normaler Debattenführung, zum Beispiel um die nationale Flüchtlingspolitik. Populistische Parteien wie die AFD dürfen sicher nicht als Korrektiv der Innenpolitik erachtet werden, demonstrieren jedoch die rhetorischen und thematischen Schwächen aktueller Regierungen." Später in der Diskussion geht Schoonenboom auch auf die Schuld der deutschen Medien ein, welche die Selbstperpetuierung von reißerischen Forderungen unterstützen. So werden in Sendungen über Zuwanderung und die damit konnotierten Schwierigkeiten journalistische Ansichten mit objektiven Tatsachen vermengt. "Reportagen müssen Reportagen bleiben und Kommentare Kommentare", fordert der Niederländer.

In Bezug auf die Flüchtlingsthematik scheinen auch viele konservative Parteien im Jargon und Reaktionsmuster der Populisten angekommen. Rigide Grenzkontrollen, Abschottungspolitik und humanitär defizitäre Umgangsweisen mit Migranten sind in vielen Ländern der europäischen Flüchtlingsroute angekommen. Der ungarische Generalkonsul Gábor Tordai-Lejkó stellte sich zuerst den Fragen des Publikums. Die Entscheidung zur Errichtung eines Grenzzauns erklärt der Münchener Diplomat mit Viktor Órbans Erwägungen zur nationalen Sicherheit, welche im Kerninteresse des ungarischen Volkes stehen. Zudem ist die ungarische Gesellschaft laut Tordai-Lejkó kulturell nicht auf große Migrationsbewegungen eingestellt. "Warum schließt sich Ungarn aus der EU aus?", will eine ZuhörerIn wissen. Tordai-Lejkó entgegnet: "Präsident Órban möchte lediglich die eigene Demografie bestimmen, das Land hat zudem 100.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, was in Europa niemand diskutiert. Ungarn möchte, wie andere Viségrad-Staaten, immer noch eine europäische Lösung finden." Auf den direkten Einwand, ob der Staatsmann nicht auch ein Populist sei, reagiert Tordai-Lejkó unerwartet emotional. Er vertritt die Position, dass der Präsident wie andere Politiker nach Ansehen strebt: "Um sich bei der Klientel beliebter zu machen, sagt Órban nur das, was die Bevölkerung auch hören will. Und die Meinung von vielen ist schließlich auch dass, was Populismus ausdrückt." Zahorka ergänzt, dass Ungarn den Königssteiner Schlüssel zur europäischen Migrantenverteilung bereits abgelehnte. Der Bau des Grenzzauns wurde sogar zusammen mit den Populisten der ungarischen Jobbik-Partei lanciert.

Dr. Lochocki gesteht der Populismus-Bewegung auch eine wichtige Aufgabe zu: Die Verteidigung der Nation. Dieser Aspekt kann verbunden mit dem zweiten gängigen Motiv, der Verteidigung vor externen Einflüssen, zu einer gefährlichen, gesellschaftlichen Dynamik führen. Gemäß dem Wissenschaftler befürworten 2015 nur 60% der Bundesbürger die Aufnahme von einer Million Flüchtlingen. Mit offiziellen Statistiken zur Kriminalität von Flüchtlingen würde man die irrationalen Sorgen der kritischen Bevölkerung nur verstärken. "Logisch, dass ein Teil der gegnerischen 40% zur AFD überläuft, welche die gesellschaftlichen Ängste ernst zu nehmen scheint." Zu dieser Problematik ist das "Anti-Eliten-Narrativ" zu addieren, ergänzt Dr. Lochocki. "Wenn politische Akteure

austauschbar erscheinen und ihrer Führungskraft kein Vertrauen entgegen schlägt, provoziert der entflammende Parteien- bzw. Regierungskonflikt ein Popularitätsanstieg im rechten Spektrum. Ein hoher Preis für die nationale Politik.“

Als besonders spannend stellte sich die finale Diskussion um die deutsche Integrationsbereitschaft, infolge derer auch die historische Rolle Deutschlands als Einwanderungsland thematisiert wurde, heraus. Mit kulturellem Abstand blickt Schoonenboom von außen auf das deutsche Exempel und spricht dem Land keine Willkommenskultur zu. "Das ist nicht wie in Frankreich oder den Niederlanden, wo Einwanderer aus ehemaligen Kolonialstaaten seit den 40er Jahren immigrieren. Deutschland hat in der Integrationsfrage kaum Erfahrung, man sieht kaum Migranten in höheren gesellschaftlichen Positionen arbeiten - in Kontrast zu den Niederlanden." Dr. Lochocki schlägt in diese Kerbe ein und führt an, dass die CDU 1999 noch mit Wahlplakaten wie "Kinder statt Inder" auf Stimmenfang gegangen ist. "Deutschland ist psychologisch noch in der Pubertät", vergleicht der Sozialpsychologe. "In dieser Zeitspanne ist man unsicher, nicht selbstbewusst. Erforderlich ist Neugier, um sich neuen Kulturen und Personen zu öffnen. Das ging im Falle Deutschlands vielleicht ein bisschen zu schnell mit der Migration, es braucht einfach Zeit. Hohe Politik ist für Laien schwierig zu verstehen, einfache Lösungen bieten sich der Gesellschaft an - das sind alles menschliche Prozesse."

Die menschliche Psyche in Kontext mit gruppenspezifischem Handeln setzen und sich als Individuum bemühen, komplexe Probleme differenziert zu betrachten - vielleicht die Lösung im vereinten Kampf gegen europäischen Rechtspopulismus.

Das Team von Junges Europa e.V. dankt den engagierten Podiumsteilnehmern, die mit ihrem fachlichen Input die Veranstaltung bereichert haben. Die zahlreichen reflektierten Stimmen aus dem Publikum trugen zu einer lebendigen Debatte bei. Mit Stolz blicken wir auf diese Veranstaltung zurück, die eine der erfolgreichsten der Vereinsgeschichte war. Gemeinsam stehen wir für ein europäisches Bewusstsein weiterhin mit großer Freude ein.